

XXIV. GP.-NR

8931/J

- 4. Juli 2011

ANFRAGE

des Abgeordneten Doppler
und weiterer Abgeordneter

an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend Postbus-Mitarbeiter nach Wien zum Arzt

Medienberichten zu Folge wurden 21, derzeit im Krankenstand befindliche Postbus-Mitarbeiter in den letzten Tagen aufgefordert, sich in Wien einer medizinischen Untersuchung zu unterziehen. Dass die Betroffenen allerdings aus Vorarlberg und Tirol anreisen müssten, da eine Untersuchung laut ÖBB-Postbus-Geschäftsführung in der jeweiligen Region der Betroffenen nicht möglich sei, bezeichnete der ÖBB-Postbus-Betriebsrat als Schikane. Laut Betriebsratschef Wurm sollten die Betroffenen die Kosten der Untersuchung sowie der An- und Abreise unter Umständen selbst tragen.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie folgende

Anfrage

1. Wie viele Postbus-Mitarbeiter sind von dieser Aufforderung nach Wien zu einer medizinischen Untersuchung anzureisen betroffen?
2. Wo ist der Arbeitsort dieser Mitarbeiter?
3. Wo sollen diese Postbus-Mitarbeiter medizinisch untersucht werden?
4. Warum sollen diese Postbus-Mitarbeiter medizinisch untersucht werden?
5. Ist eine derartige medizinische Untersuchung in den jeweiligen Bundesländern der Betroffen möglich?
6. Wenn ja, warum müssen die Betroffenen extra nach Wien anreisen?
7. Wenn nein, warum nicht?
8. Wer trägt die Kosten für die Untersuchungen?
9. Wer trägt die Kosten für die An- und Abreise?
10. Wo sollen die Betroffenen für die Dauer der Untersuchungen in Wien untergebracht werden?
11. Wer trägt die Kosten für diese Unterbringung?
12. Wie viele derartige medizinische Untersuchungen wurden jährlich seit 2005 von der ÖBB angeordnet? (aufgegliedert auf Jahre und Bundesländer der Betroffenen)
13. Welche Konsequenzen gibt es für die Betroffenen, wenn sie nicht zur Untersuchung nach Wien kommen (können)?